

Pflichtdebatte auch in der Stadtverordnetenversammlung.

Der sozialdemokratische Antrag auf künftige Vermittlung bei Wiedereinstellung der Arbeiter. Stadtverordneter Mäurer (Demokrat) als Schirmherrscher — Die Kommunisten betzimmen wieder.

Ueber Rangeweise hatte sich niemand zu befassen, der die letzten Verhandlungen der Stadtverordneten während der letzten beiden Sitzungen betraf. So inhaltlich war schon lange keine Sitzung mehr. In Tagungsordnungsplan wurden allerdings im Gehege erledigt. Es findet durchaus andere Bestimmungen des Bauausschusses über die fortgesetzten Überlieferungen der bemängelten Mittel. Es sind durchaus andere Bestimmungen, wenn künftig keine Nachbewilligungen stattfinden sollen, sowohl die Kostenordnung überarbeitet werden. Bei der Beratung über den Elternrat der Volkshochschule kam es zur ersten „Ankündigung“. Nach den verschiedenen Sektionen seitens der Stadtverordneten muß es in dieser Hinsicht trotzdem ausgehen. Die bürgerlichen Stadtverordneter setzten aus „persönlichen Gründen“ freilich kein besonderes Interesse für die Sorgen der Eltern und Lehrer jener Schule; Es sind ja nicht die eigenen Sprossen, die hierbei in Frage kommen, sondern nur die Kinder von Proleten. Und so haben denn die Herren auf der rechten Seite bei den temperamentvollsten Ausführungen des Kommunisten Böhmke lächelnd zu und nachgehört. Infolge des Dringlichkeitsantrages zum Schulsausschuss kam es am Schluß der Sitzung noch einmal zu einer längeren Schuldebatte. Mit Recht wurde von unserem Gen. Müller zu der maßstabsetzenden Stellung, die Keil in der Hinsicht für die Schulen zu befrachten, der überaus schlechte Gesundheitszustand der Kinder betont. Es muß mit Entschiedenheit bestritten werden, daß der Magistrat bei der Schulverwaltung sparen will.

Dem Vorschlag der Sitzung bedenkete aber ungewissheit die Bedeutung, welche sich an den Antrag unserer Fraktion anschließt. Die Richtigkeit der bürgerlichen Stadtverordneten, in der vorletzten Sitzung, die Dringlichkeit nicht anzuerkennen, wurde jedoch nicht unheimlich gewollt, als auch von unabhängigen Könnern gebührend gebremst. Der „demokratische“ Stadtverordneter und Vizebürgermeister entpuppte sich in der Debatte als selbstiger Schirmherrscher. Mit seinen „Hörern im Hause“ „Stützpunkt“ und die Arbeitgeber verhielten sich die Einmütigkeit gegen die Demokratie, wie weit er sich die Gleichberechtigung denkt. Die ganze Behauptung der Gehaltsklasse sprach aus diesem Munde, als er ausführte, daß für ihn der Antrag erheblich und bedeutungsvoll ist. Seinen Argumenten wurde aber eine gründliche Antwort erteilt. Beileidig und gehoben, wie es zu den schätzenswerten Rednerleistungen jenes Herrn gehört, war auch nachher seine Verteidigung. Die Kommunisten, ein lässliches Häuflein, auf das sich der Jörn der Anhänglichen entleerte, suchten vergebens noch Ausflüchte. Sie fügten sich mit Demut in ihre Schicksal und wogten nur ein paar Worte, als Herr Klitzsch auf ihn angegriffen wurde. Was sonst noch Herr Klitzsch über die Führer der hiesigen A. P. D. sagte, wird seinen Widerhall in der hiesigen Arbeiterkammer finden.

Stadtverordneter-Vorsteher Dr. Keil gibt zunächst die Einladung der Angestellten und Beamten der Kreisfürsorge, um die Regelung ihres Angestelltenverhältnisses durch das Stadtverordneten-Kollegium bekannt. Die Sache wird dem Petitionsausschuss übergeben. Vom Hochbauamt ist eine Denkschrift eingegangen, die zu der Frage: Uebernahme der Bauen in eigene Regie und zu der Sozialisierung Stellung nimmt. Dem D. U. r. f. wird beauftragt, diese Denkschrift jedem einzelnen Stadtverordneten zugänglich zu machen. Dieser, sowie ein Antrag auf Heberwegung der Denkschrift zur Beratung an den Sozialisationausschuss findet Aufnahme. Vom Schulsausschuss ist ein Dringlichkeitsantrag eingereicht worden, der am Schluß der Sitzung keine Erwähnung findet.

Da die Rechnung von sechs Mitgliedern über die Deputation für die hiesigen Arbeiterliste durch die Mitglieder des Gemeinderates nicht angenommen ist, wird die Wahl von drei Arbeitgebern und Arbeitnehmern von den Stadtverordneten aus vorgenommen. Es werden gewählt drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: a) Annahme der im Größte, I. und II. Übergangs des Grundstücks Große Braustraße 30 belegenem Räume von der Firma C. F. Müller, G. m. b. H., für 4500 Mark, b) Ausbau von fünf Wohnungen mit einem Kelleraufbau von 68000 Mark, c) direkte Wiedereinstellung der Wohnungen — Mietvertrag 2886 Mark

Der Firma Paul Gellert & Co., G. m. b. H. in Halle wird zur Erziehung einer Dachgeschloßwohnung im Grundstück Große Steinstraße 27/28 ein Baukostenzuschuß in Höhe von 15 000 Mark bewilligt. Die erforderlichen Mittel werden aus dem Fonds zur Erziehung von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt.

Der Magistrat beantragt, von den vom Bezirksausschuß in Merseburg unter d. Februar 1921 beschlossenen Änderungen sowie Erhebung des § 11 Abs. 2 der Grundsteuer-Ordnung der Stadt Halle vom 21. Januar 1921 Kenntnis nehmen und zustimmen zu wollen. Es wird befohlen.

Gleichzeitig werden gemäß § 5 Absatz 3 der Grundsteuerordnung achtzehn Mitglieder zu dem neu zu bildenden Grundsteuer-Ausschuß gewählt.

Die nachfolgenden

Kartensteuer-Ordnung für Wiedererwerb
Inwiefern der Entwurf eines Vertrages mit der Gemeinde Passau, 1921, über deren Beteiligung an dem Ertrage der Steuer, wird genehmigt.

Schwerer werden die am Besuche der Herren betreffenden Eintrittskarten oder die am Besuche der Herren sonstigen Einkünfte. Die Steuer beträgt bei einem Eintrittspreise bis 1 Mark 0,25 Mark, bis 2 Mark 0,50 Mark, bis 3 Mark 1 Mark, bis 5 Mark 1,50 Mark, bis 6 Mark 2,00 Mark, bis 10 Mark 3 Mark, bis 15 Mark 4 Mark, bis 20 Mark 5 Mark, über 20 Mark 5 Prozent des Eintrittspreises.

Dem Antrag des Magistrats, dem Anstande einer 1,2635 Hektar großen Fläche von der in der Bauordnung für gelegenen öffentlichen Fläche, Kartenblatt 3 Nr. 37/38 gegen eine 101 Hektar große Teilfläche der angrenzenden, dem Landgericht Kreuz schützigen Fläche, Kartenblatt 3 Nr. 39/40 zu den Bedingungen des Vertrages vom 31. Januar 1921 zustimmen, wird einstimmig befohlen.

Die Entwurfserklärung im öffentlichen Grundbuch Magdeburger Straße 5 soll an den öffentlichen Grundkataster angehängt werden. Die Mittel in Höhe von 5000 Mark werden bewilligt.

Zur Erziehung eines Barackenbaus als Aufenthaltsort für die Arbeiter auf dem Südröhricht werden die Mittel in Höhe von 20 000 Mark aus dem Dispositionsfonds von 1919 bewilligt.

In verschiedenen öffentlichen Gebäuden müssen sowohl die Wabenziele der Fenster und Türen, wie auch äußere Holzteile, Gärten etc. usw. zum Schutze gegen Witterungseinflüsse mit einem feinen Anstrich versehen werden. Es wird dafür eine Summe von 164 900 Mark bewilligt.

Für Anlagen zur elektrischen Beleuchtung des Rathhauses, Wagenschuppen und anderer öffentlicher Grundstücke werden Mehrausgaben in Höhe von 126 553 Mark bewilligt.

Zu diesem Punkt wird vom Bauausschuß die Erklärung abgegeben, daß er künftig keine Mittel nachbewilligen wird, wenn sich die einzelnen Verordnungen nicht an die Kostenanschläge halten. Die Überlieferungen bei der Einrichtung einer elektrischen Lichtanlage im Alters- und Pflegeheim in Höhe von 58841 Mk. werden nachbewilligt. Für die Überlieferung wird ebenfalls die Erklärung des Bauausschusses geltend gemacht.

Die für Instandhaltung der während der Märzunruhen 1920 beschädigten Gasbehälter benötigten Mittel in Höhe von 220 000 Mark reichen zu einer befriedigenden Herstellung der Behälter nicht aus. Die Mehrarbeiten erfordern einen Kostenaufwand von 130 000 Mark, von dem 50 000 Mark auf die durch die Märzunruhen verursachten Schäden zu verrechnen sind. Die Nachbewilligung tritt ein.

Zur Ersatzüberprüfung der Hospital-Vermaltung werden 30 221,17 Mark aus dem Landeserwerbssfonds bewilligt.

Der Magistrat hat beschlossen, die 793 117,47 Mark tragenden Überlieferungen des Staats der Gräbe Dr. Carl Ernst für 1919 nachträglich zu genehmigen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt diesem Beschlusse zu. Die Überlieferungen werden durch Mehrerwerbssfonds ausbezahlt. Inwieweit ist noch ein Uebertrag von 85 842,50 Mark zu verzeichnen.

Für die bei der Quartalsrechnung-Gebühre m. b. H. in Ganau in Auftrag gegebene Höhenmessung ist eine Nachbewilligung in Höhe von 5412 Mark notwendig.

Der Einspruch des Elternrates der Luisei um 10 Klassen abzubauen, wird abgelehnt.

Ein Antrag des Elternrates der Volkshochschule,
um Beilegung der streitenden Klassen und Durchführung des achtjährigen Klassenplans für die Schule, wird in keinem ersten Teile dem Magistrat zur Erwägung und im übrigen zur Berücksichtigung empfohlen.

In diesen Punkt rührt sich eine Debatte, in der zunächst vom Berichterstatter St. Böhmke (Dem.) die schlechten Raumverhältnisse dieser Schule und die in hygienischer Beziehung traurigen Zustände erwähnt werden. Er betont: „Wenn wir in anderen Teilen leben würden, müßten die Klassen wahrscheinlich geschlossen werden.“ Der Schulsausschuß schlägt vor: „Ausbesen des Schulsausses, Verbesserung der Luft durch Fenster und Türen.“ St. Böhmke (Dem.) unterbrecht noch in dröcklicher Weise diese Ausführungen. Die Zustände in dieser Schule sind einfach gottlos.“ In den Wänden sind Löcher, wo der Wind durchstreifen kann. Dächer und Wände sind seit drei Jahren nicht mehr geweißelt worden. Die Treppen sind morsch.

Rumkehr kommt der in der letzten Stadtverordnetenversammlung von der Sozialdemokratischen Fraktion gestellte

Dringlichkeitsantrag über Wiedereinstellung der Arbeiter

„Der Magistrat wird ersucht, durch eine Vermittlungsaktion bei den hiesigen Arbeitgebern dafür zu sorgen, daß Arbeiter, die sich während der letzten Unruhen ungewollt handlungen nicht zurückziehen kommen ließen, aus ihren Arbeitsstellen nicht entlassen werden.“

Zur Begründung des Antrages erhält Gen. Müller das Wort und führt aus: „Ich muß zuerst mein Bedauern darüber ausdrücken, daß die letzte Stadtverordnetenversammlung die Dringlichkeit dieses Antrages nicht erkannt hat. Wir haben allein in der Mittelstadt über 20 000 durch den Ruf der arbeitssüchtigen Arbeiter. Mit den vom Landrat entlassenen hiesigen Arbeitern erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen auf 630. Es ist völlig unerschwinglich, wenn nur durch den Generalfiskus so viele Arbeiter aus dem Arbeiter geworden werden. Es muß hier noch festgestellt werden, daß nicht alle Arbeiter, die hier in Frage kommen, als ungewollte Handlungen zurückziehen konnten. Wir muß man es bezugnehmen, daß allein von der demselben Fabrik in Ammenдорf 123 Arbeiter wahllos entlassen worden sind. In der Großhändler Papierfabrik liegen die Verhältnisse ähnlich. Schau wenn wir diese Mittel bei der Entlassung betrachten, müssen wir daraus erkennen, wie notwendig eine Vermittlung des Magistrats für die Wiedereinstellung ist. Aber noch aus einem anderen Grunde sollten die Stadtverordneten unseren Antrag unterstützen. Die Arbeitslosen bebauen natürlich eine große Belastung für unsere Vermögensverhältnisse. Als auch im unzureichenden Interesse der Stadt müßte der Magistrat die von uns gewünschten Schritte unternehmen. Man soll doch nicht etwa von Seiten der Unternehmer glauben, daß die Leute dadurch, daß sie auf die Straße geworfen werden, nur zum geistigen Verfall für die Unternehmer werden. Da auch ein großer Teil jenseitiger Arbeiter sich unter den Entlassenen befindet, liegt die Gefahr nahe, daß diese durch die Not angetrieben, genötigt den Boden unter den Füßen verlieren und in ungewollte Kaufleute geraten. Aus diesen Gesichtspunkten heraus, bitten wir um Annahme unseres Antrages.“

Stadtv. Mäurer (Dem.) kann eine Notwendigkeit zur Annahme des Antrages nicht anerkennen und verweist auf die Erklärung der Unternehmer vom 30. März. „Die Arbeitgeber verbleiben sich jede Einmischung in ihre Angelegenheiten.“ Weiter kommt Redner auf die Verleugung des Stadtrates Klitzsch zu sprechen und behauptet, daß dieser Herr, der bei den Unruhen 1919 sagte: „Ich bin die vollständige Gewissheit und kann verhehlen mich nicht“ immer mit öffentlichen Ämtern betraut ist. (Klitzsch ist nicht anwesend.) Die Red. Ich spreche ihn ein für allemal das Vertrauen ab, daß er die Gewissheit der Stadt einwandfrei führen kann. Ich bitte ferner den Antrag als völlig unbedeutend und erledigt zu betrachten.

Stadtv. Bellhagen erklärt hierzu, daß der Magistrat bereits Verhandlungen aufgenommen hat und daß die Unter-

nehmer die „Einmischung“ nicht ablehnen. Im Zusammenhang mit der Sache lautet die Sache, daß bis auf 2000 Arbeiter alle wieder eingestellt werden. Vom Magistrat werden im übrigen weitere Kostenaufgaben geplant.

St. Günther (Komm.): Prinzipiell stehen wir natürlich auf dem Standpunkt, jeder Arbeiter hat ein Recht auf Arbeit. (Zuruf von St. Mäurer: Dann arbeiten Sie doch und freieren Sie nicht!) „Das verhehlen Sie doch nicht, Herr Müller, und wenn ich es Ihnen aus erklären würde.“ (Große Beifälle.) Wir müßten gleich vorher, daß das, was hier verhandelt wird, für Herrn Günther ein gelundenes Fressen ist. „Haben Sie denn irgend etwas Chronikrüges gegen Klitzsch?“

St. Klitzsch (Unabh.) bemängelt ebenfalls, daß die Dringlichkeit des Antrages nicht anerkannt worden ist. „Ich habe häufig mit einem Schuldirektor gesprochen, der mir erklärte, daß Frauen zu ihm hin kommen, weil sie nicht mehr die 25 Pf. für die Unterhaltung ihrer Kinder bezahlen können. Die kommunalistische Politik ist „apertionistisch“. Es ist charakteristisch, daß sie nicht einmal die Verantwortung für ihren Verfall übernehmen wollen. Es waren gerade kommunalistische Mitarbeiter, welche jetzt beim Arbeitgeber darum betteln, 10 Stunden arbeiten zu können, damit der Lohnsausschuß weiter bekommen wird. Der Vorstand der A. P. D., Herr Gustav Schmidt, war einer dergleichen, der sich bei einem Unternehmer deshalb entschuldigte, daß er mitstreifen machte. Solchen die Führer der A. P. D., aus. Herr Klitzsch ist wahrscheinlich jetzt im Hünen Kammereien in seinem Berliner Quartier und dichtet nicht die „Eingende Wahrheit“, sondern „Stinkende Wahrheit“. (Große Beifälle.) (Anschließung auf das bürgerliche Angeheuer „Der Jüngende Kerler“. Gedächtnis von Herrn Klitzsch. D. Red.)

Der sozialdemokratische Antrag wird in folgender Weise abgelehnt:

Die Vermittlung nimmt davon Kenntnis, daß der Magistrat eine Vermittlung zur Wiedereinstellung derjenigen Arbeiter, die sich keine Ungelegenheiten haben ausüben können lassen, eingeleitet hat und ersucht ihn, seine Bemühungen fortzusetzen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen von fünf Kommunisten angenommen.

Die Hygiene in der Schule.

Zum Schluß der Tagesordnung kommt folgender Antrag des Schulsausschusses zur Besprechung: „Die Stadtverordneten-Beratsamlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Anordnung, nach welcher die Zeit für den Reinigen der Schulräume um ein Drittel zu vermindern ist, umgehend aufzuheben und zu gleicher Zeit anzuordnen, daß die Fußböden der Schulräume wieder geputzt werden.“ Gen. Müller führt zur Begründung aus: „Nach sachverständigen Urteil ist die Tuberkulose unter den Schülern der hiesigen Schulen in erheblicher Weise verbreitet. Das häßliche Gesundheitsamt ist bemüht, nicht zuletzt durch vornehmende Maßnahmen dieses Volksbundes zu bekämpfen. Eine fröhliche Luft in den Schulräumen ist aber eine der ersten Vorbedingungen für eine erfolgreiche Bekämpfung dieser Krankheit. Schon bei der drei- und vierstündigen Arbeitszeit für die Reinigung der Schulräume wird zu wünschen übrig und ist es gewöhnlich nur in einer trockenen Säuberung der Fußböden und einer notwendigen Entfernung des Staubes von Tischeben und Bänken. Diese mangelhafte Reinigung war aber nur in einzelnen Fällen auf Trägheit des Reinigungspersonals zurückzuführen, sonst hätte sie ihre Ursache in der Zahl und Größe der zu reinigenden Räume. Nachdem nun durch Verordnung des Magistrats die Arbeitszeit verkürzt worden ist, müssen wir mit Bewußtsein annehmen, daß die Reinigung der Schulräume nicht mit der Gründlichkeit und in dem Umfang geschehen wird, wie es im Interesse der Gesundheit der Kinder erforderlich ist. In diesem Sinne ersuchen wir die Stadtverordneten-Beratsamlung den Magistrat auch ersuchen zu veranlassen, daß die Fußböden in den Schulräumen wieder geputzt werden.“

Stadtv. Bellhagen verteidigt die Magistratsmaßnahme auf Befriedigung der Reinigungszeit und führt an, daß jährlich 60 000 Mark für Reinigungsarbeiten ausgegeben werden. Durch die kürzere Zeit zur Reinigung ist eine Einsparnis von ca. 1/4 Millionen zu erwarten.

Gegen die magistratliche Verfügung werden sich sofort St. Spielert und St. Bunde (Un.)

Der Antrag des Schulsausschusses wird abgelehnt mit großer Mehrheit angenommen.

In gleicher Sitzung, die nunmehr folgt, wurde beschlossen, die Mitglieder der zur Besichtigung des öffentlichen Gesundheitsamtes, öffentlichen Kommission aus Stadtverordneten und Bürgervertretern, öffentlich bekanntzugeben.

Stadtv. Vorsteher Dr. Keil verliest folgendes Ergebnis der Kommission: Es ist ausgefallen, auch nur annähernd die Menge des Solzes an dem Plage feststellen zu können. Auf dem Tage ist Holz verbleibender Art gehalten. Material von jeder Sorte vorhanden ist, läßt sich nicht schätzen. Die größte Zeit ist in verhältnismäßig gutem Zustande. Viele Holzstücke zeigen aber bereits Staatläden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das in der Mitte des öffentlichen Solzes der einzelnen Einzel noch größere Schäden aufweist. Die Entapung ist eine sehr ungewisse. Mit Hinblick auf die ständigen Holzpreise wird empfohlen, das Holz bald abzulösen.

Eine Besprechung darüber wird nicht gewünscht. (Schluß der öffentlichen Sitzung.)

Dem Sondergericht.

„Die sollen erdulden...“
In Ergänzung zu den in der gezeigten Nummer bereits berichteten Urteilen ist noch zu melden:

Paul Schmidt aus Langenbogen, bei dem ein Gewehr gefunden worden ist, der also gegen das Entwaffnungsgesetz verstoßen hat, wurde zu 6 Monaten Gefängnis, 3 000 Mark Geldstrafe und 10 Jahre verurteilt. Der Angeklagte behauptete nicht frei glaubwürdig, das Gewehr gefunden zu haben. Ein Offiziersvertreter war ihm nicht zugebilligt worden. Was ist das?

Der Gelehrter Wilhelm Walter Sutter, 24-jährig, der bei der Frühjahrsernte Winter in Ammenдорf in Arbeit fand, wählte in den kritischen Tagen der Bedarfsnot die Hilfe der März-Gesellen an, bei der der Arbeitgeber Schliebe zu Kompens. auftrieb, da die Zeit für die Arbeiter-Liste reif ist. Der Angeklagte will mit diesen Beibringungen nicht im Zusammenhang haben und hat sich aufständisch allem Ansehen, ferngehalten, bis er am zweiten Osterfesttag auf dem Wege zum Barbier von einer Harten bewaffneten Bande angehalten und erzwungen wurde, nach Rabemühl mitzuführen. Dort wurde er einer Teilaktion beigegeben, mit einem Gewehr bewaffnet und mit anderen Kameraden nach dem Erabe von der Hand gelockt, wo er bei der ersten passenden Gelegenheit entwich. Der Herr Staatsanwalt sieht nun in ebendem Gelehrter schon darin, daß er mit der Kolonne unter Jona nach Rabemühl mar-

Die Frauenwelt

Beilage der Volksstimme

Nr. 4

Zur Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Von Anna Wlos, Stuttgart.

Der mit Siegt ein Hauptlied, das mit den Worten beginnt: „Ihr Frauen! Augen auf! Euch droht Gefahr! Ihr habt die Gleichberechtigung der Geschlechter — auf dem Papier, aber nicht in der Tat.“

Unselbstlos liegt in den angeführten Behauptungen Berechtigung. Die Veränderung des Frauenstimmrechts hat den Frauen keineswegs die Gleichberechtigung gebracht, die viele Frauen davon erwarteten. Im Grunde ist ja aber das Stimmrecht auch nur eine Waffe, die den Frauen helfen soll, sich den Weg zur Gleichberechtigung zu bahnen. Und diese Waffe ist in Händen anderer zu haben. Die mehr täglich umgibt in ihrer Anwendung waren. Vor der Revolution war es immer nur ein kleiner Kreis von Frauen, die es wagten, mit Forderungen an die Öffentlichkeit hervorzutreten. Von den politischen Parteien war es nur die Sozialdemokratie, die das Wahlrecht für die Frauen in der Programmatik aufgenommen hatte. Seit 1874 bemüht sich die sozialdemokratische Frauen als erste, opferwillig und unermüdetlich sich an der Agitation für die Verbesserung zu beteiligen.

Erst Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts hatten eigentlich Frauen gewisse, wenn auch in Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten, konnte in dem amerikanischen Freiheitskrieg wie in der französischen Revolution. Aber der Widerstand der Männer war so groß, daß Theodore A. Phipps, der erste Vorkämpfer der Frauenbewegung in Frankreich mit Recht sagen konnte: „Frankreich, wo jetzt alles glückt ist, hat dergleichen, das weibliche Geschlecht zu erlösen.“ Auch in Deutschland fand Phipps unter den Frauen sehr wenig Verständnis. So lange waren sie uninteressiert worden, als daß sie gemacht hätten, plötzlich ihre Fesseln abzuwerfen. Aber gelitten hatten sie unter ihrer Unfreiheit. Darum hatten sie auch von der Veränderung der politischen Rechte so viel erwartet. Darum ist aber auch ihre Enttäuschung jetzt doppelt groß, weil sie das Gefühl haben, daß sie in ihrer abgeleiteten Lage wenig geändert hat. Die Frauen überleben, daß der Mensch, der nach Freiheit verlangt, sie erwerben muß, um sie zu besitzen.

Viele Frauen haben sich sogar während des Krieges freier gefühlt als heute nach der Revolution. Die Abwesenheit der Männer brachte es ganz von selbst mit sich, daß die lehrreiche Unabhängigkeit und Abhängigkeit der Frauen erschüttert wurde. Die Frau mußte in die Kichen in Haus und Erwerb einbringen, sie mußte selbständig Entscheidungen treffen, mußte Geld oder Bekleidung verwalten, mußte die Zeitung und Erziehung der Kinder in die Hand nehmen.

Die Not zwang viele Frauen, sich nach Verdienst umzusehen, und wenn das auch in der ersten Kriegszeit nicht immer leicht war, so kam doch bald der Augenblick, wo Frauenerwerb auf allen Gebieten notwendig wurde und zwar meist auf besahnte Frauenarbeit und in Erwerbszweigen, die bis dahin den Frauen vielfach verschlossen waren.

Alles das wußte zusammen, um das Gefühl der Selbstständigkeit in der Frau zu wecken und zu stärken.

Die heimelichen Männer, denen sich im Grunde des Schönen, zartesten das häusliche liebevolle Warten der Frauen noch erklärt hatte, fanden die Geschäfte ihres Lebens oder die sie dazu machten, verändert. Ihre mehr so unbedingt anerkannte männliche Autorität war ins Wanken geraten. Den meisten wurde aber auch ihre Selbständigkeit wieder genommen. Teils auf Wunsch der Männer, mehr oder weniger das Ansehen mangels mußten sie auf Erwerbsarbeit verzichten. Die Arbeit im Hause, in sich heute viel erwerbsreicher als vor dem Kriege, ist nicht über unbesahnte, darunter untergeordnete Arbeit, sie bringt das alte Selbstständigkeitsgefühl wieder mit sich. Daran kann auch die Wahlberechtigung nichts ändern. Im Grunde ist doch die politische und intellektuelle Frau der Mehrzahl der Männer ungewohnt. Nur in der Minderheit wird sie unumwunden, und viele Frauen wagen trotz Wahlfähigkeit und Gehörnis ihren Stimmzettel unter Druck abzugeben. Denn in den allermeisten Fällen lassen sich die Frauen durch die Männer politisch orientieren. Sie haben noch nicht gelernt, selbständig politisch zu denken. Der enge Kreis von Haus und Familie spannt sie fest um die Frau, dessen Mädchen sie schwer lösen kann. Zudem leben die Frauen in der Gleichberechtigung das Ziel, es dem Mann auf allen Gebieten gleich zu tun. Das ist eine Unmöglichkeit und es ist überflüssig. Die Frau, die diesen Wunsch hat, bezahlt sich damit ihres größten Vorzuges, ihrer Weiblichkeit. Das Ziel der Gleichberechtigung muß vor allem darin liegen, daß die weibliche Selbstständigkeit sich anders und höher entwickeln kann als das bisher möglich war, wo die Frau so gut wie machtlos war und der Mann die Entscheidung ihrer Persönlichkeit bewußt oder unbewußt bestimmte.

Die Frage, wie wir zur Gleichberechtigung kommen, ist nicht so ganz leicht zu beantworten. Zunächst müssen wir uns wohl darüber klar werden, daß Gleichberechtigung keineswegs Gleichberechtigung bedeutet. Man muß sich klar sein, daß es ein unangenehmer Streit ist, welches Geschlecht für die Weiblichkeit weniger wichtig ist. Beide Geschlechter sind unentbehrlich, also sind beide gleich wichtig.

Wollen die Frauen bei dem Kampf um Gleichberechtigung zu den Mann kopieren, es ihm in allen Dingen gleich tun, dann ist nicht das Ganze im Grunde wenig gewonnen. Weiblichkeit ist nicht mehr, das Frau verliert, auch in ihr eigenen Geschlecht möglichst hervorragende Leistungen aufzuweisen. Da es aber allem das Gefühl der Hausfrau ist. Sie will so mehr Fortschritt im Laufe der Jahrhunderte auf, daß den Frauen in ihrem eigenen Interesse hier noch viel zu tun übrig bleibt. Wo können keine großen geistigen Ansprüche stellen und befriedigen. So lange sie ihre hohe Kraft in der alten Form nicht in die enden Arbeit verwandeln. So muß sich die Hausfrau die Erzeugnisse der modernen Industrie und Selbstbestimmung zu eigen machen, d. h. sie muß sich auch der Haus-

Frühling.
Die Zimmer flüht tief im Grund,
Der Frühling blüht mein Herz gesund.
Ueber die Augen halt ich die Hand,
Schimmernd liegt vor mir das Land.
Schimmernd wie ein goldener Raub,
Lieber all die Augen liegt ein Raub.
So still, so sonnig hängt die Luft,
Ueber die ganze Welt weht Weiblichkeit.
Ueber die ganze Welt, angelehnt,
Weise, teile Sonntagsplauder gehn.
Die Zimmer flüht tief im Grund,
Der Frühling blüht mein Herz gesund.

Arno Holz.

halt dem modernen Geist anzupassen vertritt, durch die Intelligenz der Hausfrau stellt, um so leichter wird sich leicht tun, um so leichter wird es aber auch werden, sich weiter zu vergrößern. Nicht anders wird es auf den Arbeitsgeboten sein. Auch hier gibt es eine Reihe von Spezialitäten, auf denen die Frauen vollwertiges leisten können. Warum werden, nur beizubehalten, heute Kasse und Schneider, Köchinnen und Schneiderinnen vorgezogen? Das Arbeitsangebot ist augenblicklich nicht groß. Aber es wird sich bald mehr ändern und es wird Sache der Frauen sein, sich dort eine beachtete Stellung zu sichern, ohne deshalb den Männern Konkurrenz zu machen.

Auch auf dem Gebiet des Bildungs- und Erziehungswesens gibt es für die Frauen noch viele unerforschte Wege, auf denen sie sich selbst zu Berufstätigkeiten entfalten können und durch ihren Einfluß auf die heranwachsende weibliche Jugend, dieser die Wege zur Gleichberechtigung zeigen und ebnen können.

All diese Bestrebungen sind den Frauen von heute erleichtert, weil sie die Waffe des Stimmrechts haben und damit die Beeinflussung und Schaffung von Gesetzen leichter können, die ihnen die Gleichberechtigung auch bei all ihren äußeren Lebensbedingungen und Forderungen bringen. Das oben erwähnte Hauptlied fordert, daß Frauen nur der Partei ihre Stimme geben sollen, die weichen ein Drittel der ausführenden Kandidaturen Frauen gibt. Diese Forderung ist an sich gewiß nicht unbedenklich, gemein an der großen Zahl der weiblichen Stimmberechtigten. Und doch gibt es keine Partei, die diese Forderung auch nur zum kleinsten Teil erfüllt hätte. Es heißt gewöhnlich, daß die Frauen sich noch nicht genügend politisch gebildet hätten. Inwiefern hat es ja auch eine Zeit gegeben, in der die Männer sich erst politisch orientieren mußten, denn auch sie haben das allgemeine Wahlrecht noch nicht allzulange. Man hat manchmal das Gefühl, daß hier noch überall ein passiver Widerstand besteht, der sich z. B. im Widerspruch gegen gemeinsame Frauenanträge äußert, wie kürzlich, als Frau Dr. Lüders die Forderung der Frauen zu den juristischen Berufen, auf Erleichterung der Beschäftigung usw. zeigt. So sind auch heute noch die Frauen als abhängige Richter zu den Kaufmanns- und Gemeinderäten nicht wählbar. Auch die Demokraten stimmen hierbei gegen die Wählbarkeit der Frauen. Keine Partei aber wird die Gleichberechtigung der Frauen im Steuerabgaben und vor dem Strafgericht anerkennen.

Es soll sich, wie gesagt, bei der Forderung der Gleichberechtigung nicht um besondere Männer- oder Frauenrechte handeln, sondern um Menschenrechte. Bisher haben die Männer aber auch da bestimmt, wo es sich um besondere Frauenrechte handelte.

Bewußtlich wolle es, wenn die Frauen schon heute reifere, nicht lämpfen wollen, bedauerlich auch, wenn sie bei den Männern statt Unterstützung Widerstand finden. Denn die Forderung der Gleichberechtigung darf nie unter dem engen Gesichtspunkt der einen oder anderen Partei, sie darf auch nicht vom Standpunkt des männlichen oder weiblichen Geschlechtes aus betrachtet werden. Grundlegend muß der Gedanke sein, wie beide Geschlechter dem Wohl des Ganzen, der Menschheit, dienen können und alles strebende Vernünftige muß den vollwertigen Menschen zum Ziel haben. Das bedeutet die wahre Gleichberechtigung!

Gleichberechtigung der unehelichen Mütter.

Wieder war es die Stellungnahme der Reichs-, Reichs- und Landesparlamentarierorganisation gegen die Befreiung unehelicher Mütter im Dienst, welche bei der Abstimmung im Reichstag über diese Frage eine Stille zur Verurteilung auf einen ungewissen, rüchthilflichen Standpunkt gab. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Reichsregierung zu erlauben, die ausnahmsweise Befreiung der weiblichen Reichs- und Landesparlamentarierinnen und -angehörigen, die in der Entlassung der unehelichen Mütter ihren Ausdruck findet, aufzuheben, wurde mit 137 gegen 136 Stimmen abgelehnt.

Das Frau Reichshaus (zit.) den Standpunkt der sozialdemokratischen Frauen nicht zu teilen vermochte, hat ihre Stimme dem Antrag der Reichsregierung zu erlauben, die ausnahmsweise Befreiung der weiblichen Reichs- und Landesparlamentarierinnen und -angehörigen, die in der Entlassung der unehelichen Mütter ihren Ausdruck findet, aufzuheben, wurde mit 137 gegen 136 Stimmen abgelehnt.

Im übrigen ist es gerade von Männern ganz besonders gut, sich gegen die Befreiung unehelicher Mütter im Dienst auszusprechen, da ohne die Männer keine Beamten und kein anderes weibliches Leben angereicherter Mütter werden würde. Viele Männer können sich dabei mit gutem Recht selbst als „Sozialdemokraten“ bezeichnen! Ihnen aber erwidert aus der unehelichen Mütterzeit kein Dienst, der Recht ist. Damit sie auch materiel nicht gefährdet werden, erhalten sie auch für uneheliche Kinder die Kinderzulage. Doch, wenn zwei daselbst tun, so ist es nicht daselbst...

Die Gleichberechtigung der unehelichen Mütter ist unerlässlich. Ohne die Gleichberechtigung zur Erreichung einer höheren, reinen Eulichtigkeit und zur Vollziehung, auch wenn man alle menschlichen und geistlichen Gründe außer acht lassen wollte. Es gilt also noch viel Kampf! Wohl! Ilka Schütze.

Die Blinde.

In einem kleinen Platz steht stumm und starr mit einem Hüftband ein Krügelblind, die toten Augenhöhlen weit in die Ferne gerichtet, und wartet auf milde Gaben.

Das Geld fließt nicht gar so reichlich. Es gibt in jener Gegend, wo der Strom des lippigen Genußglücks verfließt, schon zu viele jener Unglücklichen, die auf Bettelstühlen angewiesen sind.

Eine wohlbeleibte Dame im Stützjahrensmaß, mit funkelnden Juwelen behängt, raucht hier, jetzt wie ein müdegewordener Truhdahn auf den Blenden zu, plant sich herauszureden vor ihm auf.

„Haben wir Ihnen dazu den Führerband gegeben? Augenblind entfernen Sie sich und treten nie wieder... oder der Hund wird Ihnen folgen.“

Der Blinde zuckt zusammen. Edelmütig verzicht sie sich. „Aber ich weiß... aber was ich bekomme, reicht zum Leben nicht aus...“

Die Dame kreischt nach der Polize. Publikum sammelt sich an, nimmt Partei für den Blinden.

„Geben Sie dem Armen doch einen Ihrer Brillantohrringe“, sagt herzlich ein Arbeiter, „dann ist ihm geholfen.“

„Bewußtlich nicht ich älterer Herr ein...“ „Bereitung, Sie denken wohl zu hart. Wissen Sie überhaupt, was Blindheit bedeutet?“

„Nein, sie weiß es nicht und ich doch! Ich bin blind, freilich hysterisch weiter nach der Polizei. Man droht, ganzgreiflich zu werden. Nur der Hund ist Herr der Situation. Wie ein Philo-Lothop hoch er unbedenklich neben dem Blinden und...“ „Denn vielleicht besser als die graujährigen Weibchen.“

Zwei Eherheilmänner erscheinen. Von neuem kreischt die Wohlthatige.

„Entieren Sie sich“, sagt der eine Wackmann, „einen Auf-Steig dürfen wir nicht dulden.“ Und leise flüstert er hinzu: „Lassen Sie sich doch von dem Hund nach einer anderen Ecke bringen.“

In ein Auto reitet sich, betrieblig über ihre Heiden, die noble Dame... die Blinde im Geiste.

Geistes und die Frauen.

Zur zusammenfassenden Darstellung dessen, was unsere großen Dichter der Umgang mit ebeln Frauen bedeutet haben dürfte, sei die Form des Geistes zwischen dem einen Geiste und Edermann gewählt.

„Auf Sie haben seitdem die Frauen großen Eindruck gemacht.“

„Aber das ist etwas in meiner Natur, das nach der Frau auch fernher verlangt. Schiller hat dies einmal treffend als „Weiblichkeit der Empfindung“ charakterisiert.“

„Aber die Frauen, wenn sie meiner Natur entgegen aufkommen vermögen. Aber so alt habe ich sie nicht und ebenfalls reichend, daß mich der Verkehr mit ihnen gerade ab-Ischt. Das ist auch der Grund, warum ich mich in ihrer Gesellschaft meistens wenig wohl gefühlt habe.“

„Ja, mein lieber Edermann, Sie machen sich das Leben recht schwer. Es ist nicht richtig, überall seinen Willen an Menschen und Dinge zu legen, am allermeisten darf der Mann die Frau als Menschlichkeit behandeln wollen. Was hat mich mit den Frauen hingezogen? Glauben Sie etwa hohe weibliche Bildung, die Ausübung irgendeiner Willenskraft und Kunst? Ich kann wohl sagen, gegen lebende, dachende und malende Frauen bin ich immer etwas vornehmlich gewesen und ich habe mich ihnen nicht zu entschließen gelohnt, wenn sie sich mit dem Aus-Druck der Herlichkeit in der landschaftlichen Kollennien haben wollten. Unter uns gesagt, nach meiner Ueberzeugung geht das Frauen das Schöpferische in hohem Grade ab, und ich glaube nicht, daß es auf dem Gebiet des geistigen Schaffens eine führende Stellung einnehmen werden. Was war es denn eigentlich, das mit der Herlichkeit, Frau von Stein, Marianne Willemer u. a. wert machte? Nicht ihre geistigen Leistungen, sondern ihre menschlichen Eigenschaften. Es lang in diesen weiblichen Naturen etwas, was keine unruhige, noch kläglich und lästig dachende Seele suchte. Reingehört der Empfindung, eine von des Gedankens Wäse empfindbar: Empfindlichkeit, eine leichte, volle Natur, ganz Mensch. Sie schloßen einem tiefen Kuchel, in dem alles klar, fast verriert sich wiederzuerkennen. So hatten sie im höchsten Grade die Fähigkeit, in dem sie mit liebesvoll Herzen alles aufnehmen, ohne mit harten Forderungen an die Dinge heranzutreten, die Glat der Weiblichkeit, den großen Sturm der Seele, mit einem Worte: alles in reiner, Niedrige hin durch ihre Gegenwart zu dämpfen und das Gold, das in der Menschenseele schlummert, ans Licht zu zündeln.“

„Nicht die Kinder Blumen pflanzte Dieser Mann hat sich besonders am Rande. Die Pflanz von Blumen macht die Jugend nicht nur mit der Mutter Natur vertraut, sondern lehrt auch mit der Beobachtung des natürlichen Fortschritts des Wachstums und Gebehens selbstthätiger Willen den Geist, verbindet das Gemüt und hält den jugendlichen Sinn von lässlichen Enttäuschungen der Ernte fern. Wer Blumen mit aller Sorgfalt pflanzen lernt, wird auch Tiere pflanzen — und später Menschen zu behandeln wissen.“

„Blumen pflanzen, das ist ein höchst interessantes und haben zugleich die Freude — durch Beobachtung der Natur geübter — zu finden.“

„Es ist nun schon sehr zu begrüßen, daß in vielen Volksschulen Blumenkunde als die Kinder zum Vertreten gelangen, so sollten es auch die Eltern nicht daran fehlen lassen, ihre Kinder zur Beobachtung von Blumen hinzulenken und ihnen Interesse für die lieblichen Schöpfungen der Götter zu bewahren. Nicht nur Mädchen, auch Knaben sind für Blumenpflege empfänglich, diese sogar noch von selbstthätiger Hand. Am besten ist es, man stellt dem Kinde ein Gemüse zur Verfügung, wenn man ihm kein Gartenbesitz zuweisen kann. Ein paar Topfe, ein Jagterentien mit Erde gefüllt und durch Windeln mit dem oedern Fensterbrettchen zu umgeben, genügen, um eine kleine Blumenwelt möglich zu machen.“

„In den Gärten können sich Blumen, Klee, Winden und Wilderempannen; der untere Schmutz des Blumenbeetes kann dagegen in ein paar Kasketten, Ringelblumen, Stiefmütterchen, Primeln, Erdbeeren und Beilgen bestehen.“

Beantwortung: Willi Ronge, Halle.